

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

Es gilt das gesprochene Wort.

### TOP 43 – Zusätzliche Stelleneinsparungen

Dazu die sagt der Abgeordnete  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

#### **Rasmus Andresen:**

**Nr. 433.12 / 28.09.2012**

## **Selbstbetrug beim Stellenabbau muss ein Ende finden**

„Die Landesregierung erarbeitet ein umfassendes Personaleinsparkonzept. Grundlage für den Personalabbau ist die beabsichtigte signifikante Reduzierung von Aufgaben und Doppelstrukturen. Die Landesregierung beabsichtigt, ausgehend von 2010, bis 2020 einen Stellenabbau von 10% vorzunehmen bzw. das Personalbudget entsprechend zu reduzieren.“ So steht es für alle nachlesbar im Koalitionsvertrag.

Es ist schon etwas schlechter Populismus der CDU Landtagsfraktion diesen Berichtsantrag zu den zusätzlichen Stelleneinsparungen kompromisslos zu stellen. Als Grüne stellen wir uns die Frage wie ernsthaft dieser Antrag wirklich gemeint ist. Sie fordern doch nicht allen Ernstes 4 Monate nach dem Regierungswechsel ein fertiges Personaleinsparkonzept von der Landesregierung?

Auf Bitte der Landesregierung haben Sie außerdem verweigert, dass ein schriftlicher Bericht zur übernächsten Tagung eingereicht wird. Ich sage Ihnen, Frau Nicolaisen, Herr Koch, würde es Ihnen um die Sache gehen, hätten Sie anders reagiert. Wir meinen es mit der Einsparung von ca. 5200 Stellen bis 2020 Ernst. Allerdings ist diese Aufgabe komplizierter, als dass man nach 4 Monaten Ergebnisse präsentieren könnte. Jeder weiß das.

Personaleinsparpolitik war in Schleswig-Holstein immer Ankündigungsrhetorik. Prominentes Beispiel ist der ehemalige Entbürokratisierungsbeauftragter der Großen Koalition Klaus Schlie. 5000 Stellen sollten in der 16. Wahlperiode gestrichen werden, Ergebnis waren lediglich 400. Selbst Rot Grün war mit durchschnittlich 225 Stellen pro Jahr in den Jahren davor erfolgreicher.

Aber auch die schwarz gelbe Koalition der letzten Jahre hat uns eine Lücke von 200 zu meldeten einzusparenden Stellen gegenüber dem Stabilitätsrat überlassen. Es gibt kaum politische Debatten, in denen Realität und Anspruch so weit auseinanderklaffen, wie bei Personaleinsparungen. Dieser Selbstbetrug muss ein Ende haben.

Sehr geehrte Damen und Herren.

Es kann zu diesem Zeitraum also nur darum gehen, Leitlinien für die Debatte zu formulieren. Es geht deshalb auch darum in den nächsten Jahren Personalpolitik zu gestalten. Wir müssen gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Akteuren Debatten über das Wie führen. Wir müssen Landesaufgaben neu definieren und in Teilen aufgeben.

Diese Debatte wird die eigentlich schmerzhafteste in den nächsten Jahren und von uns allen viel abverlangen. Es wird weder isoliert durch Einsparungen bei der Polizei, Justiz, der Landesverwaltung oder im Bildungsbereich gehen. Für uns Grüne ist es schon ein schmerzhafter Kompromiss, nicht gegenüber den Koalitionspartnern, sondern gegenüber der Realität, dass der Bildungsbereich nicht verschont bleiben kann.

Auch hier hat das Land eine Verantwortung.

Wir haben nicht viel Zeit. Die 200 Stellen Altlast aus ihrer Regierungszeit werden im Rahmen der Beratungen zum Landeshaushalt 2013 gefüllt werden müssen. Und auch das Personaleinsparungskonzept 2020 wird als prioritäres Projekt nächste Jahr bearbeitet werden. Für uns Grüne ist eine frühe parlamentarische und zivilgesellschaftliche Beteiligung ein Muss für den Erfolg der Personaleinsparungen.

Es geht beim Personalkonzept um mehr als nur die nackten Zahlen die den Stellenabbau markieren. Es geht auch darum wie die Altersstruktur im öffentlichen Dienst in Zukunft ausschauen soll. Ein weiterer Aspekt ist welche Rolle wir als Ausbilder spielen wollen. Wir Grüne stehen auch im Rahmen von Personaleinsparungen dazu, dass das Land aktiv und im großen Umfang ausbildet.

Der Weg bis 2020 wird steinig und schwer, es ist deshalb umso wichtiger ihn zu gehen. Darüber, welcher Weg der richtige ist, werden wir in dieser Legislatur noch oft reden.

Wir Grüne wollen einen konstruktiven und transparenten Dialog führen.

\*\*\*